

RzF - 7 - zu § 41 Abs. 4 FlurbG

- 1. Da der Bau von gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Sinne des Flurbereinigungsgesetzes nach Ziff. 16.1 der Anlage 1 zum UVPG eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 7 Abs. 1 Satz 1 UVPG vorsieht, handelt es sich bei der Plangenehmigung um eine Zulassungsentscheidung i. S. v. § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a UmwRG, so dass eine nach § 3 UmwRG anerkannte Vereinigung nach § 2 Abs. 1 UmwRG widerspruchsbefugt sein dürfte. (Amtlicher Leitsatz) (Rn 21)**
- 2. § 41 Abs. 2 FlurbG sieht eine Beteiligung nur für die Träger öffentlicher Belange einschließlich der landwirtschaftlichen Berufsvertretung vor. Nach § 3 UmwRG anerkannte Naturschutzvereinigungen sind nicht nach § 41 Abs. 2 FlurbG zu beteiligen. (Rn 21) (Redaktioneller Leitsatz)**
- 3. Die Beteiligung von nach § 3 UmwRG anerkannten Naturschutzvereinigungen an flurbereinigungsrechtlichen Plangenehmigungsverfahren i. S. v. § 2 UmwRG dürfte sich jedoch aus § 63 Abs. 2 BNatSchG ergeben, da die Plangenehmigung nach § 41 Abs. 4 FlurbG eine Planfeststellung nach § 41 Abs. 3 FlurbG ersetzt, und § 63 Abs. 2 Nr. 7 BNatSchG ein Mitwirkungsrecht für nach § 3 UmwRG anerkannte Naturschutzvereinigungen enthält, wenn eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen ist. Letztere ergibt sich aus § 18 UVPG, in dessen Absatz 2 ausdrücklich auf einen Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan nach § 41 FlurbG Bezug genommen wird. (Rn 21) (Redaktioneller Leitsatz)**

Flurbereinigungsgericht Bautzen, Beschluss vom 04.06.2020 - 7 B 123/20.F =
Entscheidungssammlung des Sächsischen Obergerichts im Internet:
<https://www.justiz.sachsen.de/ovgentschweb/documents/20B123.pdf>

Aus den Gründen:

I.

- 1 Der Antragsteller ist eine in Sachsen anerkannte Naturschutzvereinigung und Eigentümer der Flurstücke Nrn. F1. und F2.. der Gemarkung A..... Er begehrt die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung seiner Widersprüche gegen die mit Bescheid des Antragsgegners vom 9. März 2020 erfolgte Genehmigung des Plans der Beigeladenen über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen als 1. Teilplan sowie gegen eine vorläufige Anordnung des Antragsgegners,

...

- 3 Der Antragsteller war vom Antragsgegner am Anhörungsverfahren beteiligt worden und hatte ... eine Stellungnahme abgegeben, mit der Einwendungen erhoben

wurden. ... Diese Einwendungen wurden in der Plangenehmigung zurückgewiesen und die sofortige Vollziehung der Plangenehmigung angeordnet.

...

6 Der Antragsteller hat ... Widerspruch gegen die Plangenehmigung vom 9. März 2020 sowie die vorläufige Anordnung vom 18. März 2020 erhoben und am selben Tage bei dem Flurbereinigungsgericht die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung dieser Widersprüche beantragt.

7 Die vorläufige Anordnung sei rechtswidrig, weil die ihr zu Grunde liegende Plangenehmigung rechtswidrig sei ... Bezüglich der Zulässigkeit der im Falle der Nichtabhilfe zu erhebenden Klage weise der Antragsteller darauf hin, dass sich bei dem Flurbereinigungsplan um einen Verwaltungsakt im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 5 UmwRG handeln dürfte, sodass die Klage nicht nur als Eigentümer, sondern auch als nach § 3 UmwRG anerkannte Umweltvereinigung zulässig sei.

...

II.

14 Die zulässigen Anträge sind unbegründet.

...

20 Die Widerspruchsbefugnis ergibt sich nicht aus der Eigenschaft des Antragstellers als Grundeigentümer und Teilnehmer im Flurbereinigungsverfahren. Die Plangenehmigung richtet sich an die Beigeladene und nicht an die einzelnen Teilnehmer, so dass diese den nach § 41 FlurbG genehmigten Plan nicht selbständig anfechten können, sondern erst den Flurbereinigungsplan, in den der Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan nach § 58 Abs. 1 Satz 2 FlurbG aufzunehmen ist (vgl. BVerwG, Urt. v. 6. Februar 1986 - 5 C 40.84-, BVerwGE 74, 1).

21 Der Antragsteller ist aber eine in Sachsen nach § 3 UmwRG anerkannte Vereinigung. Da der Bau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Sinne des Flurbereinigungsgesetzes nach Ziff. 16.1 der Anlage 1 zum UVPG eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 7 Abs. 1 Satz 1 UVPG vorsieht, handelt es sich bei der Plangenehmigung um eine Zulassungsentscheidung i. S. v. § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a UmwRG, so dass der Antragsteller nach § 2 Abs. 1 UmwRG widerspruchsbefugt sein dürfte, ohne eine Verletzung in eigenen Rechten geltend machen zu müssen. Dem steht nicht entgegen, dass § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchst. a UmwRG eine Beteiligung zur Beteiligung erfordert. Zwar ist der Antragsteller nicht nach § 41 Abs. 2 FlurbG zu beteiligen, weil diese Vorschrift eine Beteiligung nur für die Träger öffentlicher Belange einschließlich der landwirtschaftlichen Berufsvertretung vorsieht. Die Beteiligung des Antragstellers i. S. v. § 2 UmwRG dürfte sich jedoch aus § 63 Abs. 2 BNatSchG ergeben, da die Plangenehmigung nach § 41 Abs. 4 FlurbG eine Planfeststellung nach § 41 Abs. 3 FlurbG ersetzt, und § 63 Abs. 2 Nr. 7 BNatSchG ein Mitwirkungsrecht für nach § 3 UmwRG anerkannte Naturschutzvereinigungen enthält, wenn eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen ist. Letztere ergibt sich aus § 18 UVPG, in dessen Absatz 2 ausdrücklich auf einen Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan nach § 41 FlurbG Bezug genommen wird.

22 Der Antragsgegner hat eine Vorprüfung nach § 7 Abs. 1 Satz 1 UVPG vorgenommen und festgestellt, dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist. Verfahrensfehler, die zur Aufhebung der Plangenehmigung führen könnten (§ 4 Abs. 1 Satz 2 UmwRG) sind weder vorgetragen noch ersichtlich.

23 Soweit mit dem Vortrag, der Ausbau des L.....s sei nicht im plangenehmigten Umfang erforderlich, weil „insbesondere im Bereich des nördlichen Abschnitts ein Natura-2000-Gebiet (P.....) beeinträchtigt [wird], ohne dass dies erforderlich wäre“, die Planrechtfertigung in Abrede gestellt werden soll, verkennt der Antragsteller den hierbei anzulegenden Prüfungsmaßstab. Das rechtliche Erfordernis einer Planrechtfertigung ergibt sich aus der Erwägung, dass eine hoheitliche Planung wegen der von ihr ausgehenden Auswirkungen auf die Rechte Dritter ihre Rechtfertigung nicht schon in sich trägt. Die Planrechtfertigung dient damit dem Zweck, Vorhaben, die nicht mit den Zielen des jeweiligen Fachrechts in Einklang stehen, bereits auf einer der Abwägung vorgelagerten und einer vollen gerichtlichen Überprüfung unterliegenden Stufe auszuschneiden. Sie stellt eine praktisch nur bei groben und einigermaßen offensichtlichen Missgriffen wirksame Schranke der Planungshoheit dar (BVerwG, Beschl. v. 23. Oktober 2014 - 9 B 29.14 -, juris Rn. 4 m. w. N.). Eine Planung hat daher Bestand, wenn sie auf die Verwirklichung der mit dem einschlägigen Fachgesetz generell verfolgten öffentlichen Belange ausgerichtet und vernünftigerweise geboten ist (BVerwG, Urt. v. 9. November 2017 - 3 A 4.15 -, juris Rn. 34 = BVerwGE 160, 263 Rn. 34 m. w. N.; st. Rspr.). Nach Maßgabe des vom Flurbereinigungsgesetz allgemein verfolgten Zwecks der Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft (§ 1 FlurbG) ist das Vorhaben vernünftigerweise geboten.